Ä1

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 05.05.2025)

Titel: **Ä1 zu A2: Im Sinne der Demokratie: Lösungen mit dem Mut zum eigenen Kompass!**

Antragstext

Von Zeile 82 bis 86:

~~Die Kreismitgliederversammlung des KV Köln beschließt daher, die geplante und millionenschwere Realisierung weiterer 140 Plätze in einer neu zu errichtenden UfA in Mönchengladbach durch eine gemeinsame Anstrengung von Delegierten, Partei, Fraktion und Kabinettsmitgliedern im Sinne einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik zu stoppen.~~

Der Kreisverband Köln kritisiert die Debatte und Vorstöße, die verkennen, mit welcher Härte für die betroffenen Personen eine solche Abschiebungshaft verbunden ist und welche freiheitseinschränkenden Maßnahmen damit einher gehen. Wir finden es falsch neue Abschiebehaftanstalten zu bauen statt in weitere Integrationsmaßnahmen zu investieren. Sollte die neue UfA kommen, setzen wir uns dafür ein, dass der bestehende Rechtsrahmen und die darin enthaltenden Rechte der Betroffenen, etwa bei Fragen der Ausstattung, Freizeitangeboten und (rechtlichen) Beratungsangeboten, ausnahmelos gewährt wird und nicht aufgrund von finanziellen oder personellen Engpässen zulasten der Personen beschränkt werden.

Darüber hinaus fordern wir die konsequente Umsetzung weitere Maßnahmen, wie etwa den Zugang zu medizinischer und psychologischer Versorgung, die Berücksichtigung besonderer Schutzbedarfe, Beschwerdestellen und Schutzkonzepte gegen Übergriffe durch Personal oder andere Inhaftierte.

Darüber hinaus fordern wir, dass die strengen Regelungen im Aufenthaltsgesetz, ab wann eine Person in Abschiebehaft genommen werden kann, unter welchen Bedingungen, und wie lange, nicht in Frage gestellt werden dürfen. Eine ernsthafte Integrationspolitik muss von Anfang an darauf abzielen, Perspektiven zu schaffen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen um Menschen vor dem Risiko einer Abschiebehaft zu bewahren.

Begründung
Begrüdung erfolgt mündlich.